

Arbeitskreis Konjunktur, DIW Berlin

Article

Weltwirtschaftliche Expansion nur leicht gedämpft: Rezession nicht wahrscheinlich

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur, DIW Berlin (2007) : Weltwirtschaftliche Expansion nur leicht gedämpft: Rezession nicht wahrscheinlich, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 74, Iss. 42, pp. 605-619

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151545>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wochenbericht

Weltwirtschaftliche Expansion nur leicht gedämpft – Rezession nicht wahrscheinlich

Der Aufschwung in Deutschland präsentiert sich nach wie vor in einer sehr robusten Verfassung. Neben einem günstigen weltwirtschaftlichen Umfeld trägt dazu die Stärkung der Binnennachfrage bei, die im Prognosezeitraum zur alleinigen Säule des weiteren Wachstums wird. Die aktuellen Probleme auf dem US-Hypothekenmarkt dürften sich dabei nur unwesentlich auf die konjunkturelle Entwicklung auswirken.

Während in diesem Jahr die Unternehmensinvestitionen besonders kräftig zulegen, wird in den Folgejahren die private Konsumnachfrage zur dominanten Schubkraft für die weitere Expansion. Bei einer Inflation von unter 2 Prozent wird die Arbeitslosigkeit deutlich – von 8,9 Prozent in 2007 auf 7,7 Prozent in 2009 – sinken. Die zunehmende Verknappung des Angebots an qualifizierten Arbeitskräften wird dabei im Prognosezeitraum mehr und mehr zu einem Hemmschuh für das weitere Wachstum.

In der Diskussion um die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I für Ältere wird vernachlässigt, dass es aus ökonomischer Sicht Aufgabe der Arbeitslosenversicherung ist, das Unterbeschäftigungsrisiko über den Konjunkturzyklus hinweg auszugleichen. Die soziale Komponente besteht darin, bei den Beiträgen nicht nach den individuellen Risikoprofilen zu differenzieren. Die Dauer der Beitragszahlungen oder das Alter können keine relevanten Kriterien für den Transferbezug sein.

Die öffentlichen Haushalte werden bereits in diesem Jahr mit rund 7 Milliarden Euro im Plus sein und sich auch weiter positiv entwickeln. Die Finanzpolitik bleibt aufgefördert, die derzeitigen Finanzierungsüberschüsse im Sinne einer antizyklischen Fiskalpolitik konsequent für den Schuldenabbau zu nutzen und die Ausgabenanteile für wachstumsfördernde Investitionen zu stärken.

Prognosen der weltwirtschaftlichen Entwicklung sind wegen der Unsicherheit bei der Einschätzung der Finanzkrise im Zusammenhang mit den Problemen auf dem US-Hypothekenmarkt gegenwärtig erschwert. Weder die Dauer der Krise noch ihre realwirtschaftlichen Auswirkungen sind momentan vollständig absehbar. Sicher scheint aber zu sein, dass es – vor allem in den USA – zu einer gewissen Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik kommen wird.

In der ersten Hälfte dieses Jahres ist das Wachstum der Weltwirtschaft zwar schwächer geworden, bislang hat es sich aber als robust erwiesen, nicht zuletzt wegen

Arbeitskreis Konjunktur
asteinherr@diw.de

Inhalt

Weltwirtschaftliche Expansion
nur leicht gedämpft – Rezession
nicht wahrscheinlich
Seite **605**

Zahlenbeilage

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in ausgewählten Ländern

In Prozent

	Gewichte (BIP)	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote ²			
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr											
		2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
Außereuropäische Industrieländer													
USA	38,6	2,9	1,9	2,0	2,3	3,3	2,7	2,4	2,2	4,6	4,6	4,6	4,5
Japan	12,8	2,2	2,0	1,7	1,7	0,3	0,0	0,2	0,2	4,1	3,8	3,7	3,7
Kanada	3,7	2,7	2,1	2,5	2,6	2,0	1,8	2,2	2,3	6,3	6,6	6,5	6,4
West- und Mitteleuropa³	44,8	3,1	2,9	2,4	2,4	2,3	2,1	2,2	2,1	7,9	6,9	6,5	6,3
Ausgewählte Industrieländer⁴	100,0	2,9	2,4	2,2	2,3	2,4	2,1	2,0	1,9	6,2	5,7	5,5	5,4
<i>Nachrichtlich:</i>													
Russland	–	6,7	6,2	5,7	5,5	9,5	7,9	6,9	6,5	7,2	7,0	6,8	6,6
China und Hongkong	–	10,7	10,2	9,9	9,8	–	–	–	–	–	–	–	–
Indien	–	9,2	8,3	8,5	8,2	–	–	–	–	–	–	–	–
Ostasien ohne China	–	5,6	4,9	5,1	5,0	–	–	–	–	–	–	–	–

¹ Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2006 in US-Dollar.² Gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2006.³ Summe aus EU-27, Schweiz, Norwegen und Island.⁴ Summe der aufgeführten Länder.

Quellen: OECD; Eurostat; Nationalstatistiken und Berechnungen des DIW Berlin; 2007 bis 2009: Schätzungen und Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

der anhaltend hohen Dynamik in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern. Die internationalen Finanzmärkte spielen dabei nach anfänglichen Verunsicherungen wieder eine stabilisierende Rolle. So kaufen Investoren bei entsprechenden Preisanpassungen Kredite mit hohen Risiken auf und entschärfen die kurzfristigen Liquiditätsprobleme, die bei manchen Marktteilnehmern entstanden waren. Auch ein deutlicher Rückschlag auf den Aktienmärkten ist nicht zu erwarten.

In den USA dürfte sich die Abkühlung der Konjunktur bis ins nächste Jahr hinein fortsetzen (Tabelle 1). Ursächlich dafür sind vor allem die Bau- und Konsumnachfrage, die wegen der Neubewertung der Immobilienbestandes mit geringeren Raten expandieren werden. Der Arbeitsmarkt hat sich bis an den aktuellen Rand in einer starken Verfassung präsentiert. Außerdem hat die Fed auf die Finanzkrise mit einer spürbaren Zinssenkung reagiert und damit kurzfristig expansive Impulse gegeben. Ob es allerdings zu weiteren Zinssenkungen kommt, muss offen bleiben, zumal es aufgrund der sinkenden Produktivität tendenziell zu steigenden Lohnstückkosten und damit zunehmenden Inflationsgefahren kommen könnte. Darüber hinaus gibt es einen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Immobilienvermögen und den Konsumausgaben.¹ Dies dürfte in absehbarer Zeit stärker zum Tragen kommen.

¹ Vgl. Dreger, C., Slacalek, J.: Finanzmarktentwicklung, Immobilienpreise und Konsum. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 35/2007.

Das Wachstum im Euroraum hat – nach dem witterungsbedingt starken Anstieg im ersten Quartal – im Frühjahr dieses Jahres nachgelassen. Auch in Europa dürften Sättigungserscheinungen bei der Nachfrage nach Wohnimmobilien die konjunkturelle Dynamik bremsen, vor allem in Ländern wie Großbritannien, Irland und Spanien, deren Entwicklung vom vorherigen Immobilienboom besonders begünstigt wurde. Der starke Euro schwächt die Exporttätigkeit vor allem in Volkswirtschaften wie Frankreich und Italien, die bereits seit längerem an internationaler Wettbewerbsfähigkeit einbüßen. Stimmungsindikatoren, die bei den Unternehmen und Haushalten erhoben werden, deuten hingegen insgesamt auf eine weiterhin robuste Expansion im Euroraum hin. Die Auftragsbestände sind sehr hoch, auch wenn sich die Auftragseingänge zuletzt weniger dynamisch entwickelt haben. Der Beschäftigungsaufbau ist noch kräftig, und die Arbeitslosigkeit ist überall gesunken. Infolge der überwiegend moderaten Lohnentwicklung und der Aufwertung des Euro hielt sich die Inflation trotz einiger belastender Sonderfaktoren wie der kräftigen Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland im Rahmen. Auch für den Prognosezeitraum sind keine nennenswerten Inflationsgefahren zu erwarten. Dafür spricht die Entwicklung der Lohnstückkosten und der Kapazitätsauslastung sowie der schwache US-Dollar. Für die Geldpolitik besteht somit kein Handlungsbedarf. Auch die jüngsten Turbulenzen an den Finanzmärkten bieten keinen Grund, von dieser Einschätzung abzuweichen. Es ist nicht die Aufgabe der Notenbank, das Eingehen von Risikositio-

nen durch Geschäftsbanken durch entsprechende zinspolitische Maßnahmen abzusichern. Vielmehr sollten die aktuellen Liquiditätsgpässe am Interbankenmarkt separat betrachtet werden.

Eine vorübergehende Wachstumsabschwächung wird sich in den asiatischen Ländern zeigen, die stark von Exporten in die USA abhängig sind. Die ohnehin labile Konjunktur in Japan ist besonders anfällig, zumal praktisch keine geld- und finanzpolitischen Spielräume existieren. Etwas anders ist die Situation in China zu beurteilen, wo die gedämpfte Exportdynamik zu einer erwünschten Abkühlung der Konjunktur beitragen kann. Die konjunkturelle Entwicklung in Indien wird dagegen hauptsächlich von der weiter steigenden Binnen nachfrage bestimmt. Auch in Russland prägen vor allem der expandierende private Verbrauch und die rege Investitionstätigkeit das Wachstum.

Für die Prognose spielt die Entwicklung von Ölpreis und Wechselkursen eine wichtige Rolle. Im Vorhersagezeitraum wird sich der Rohölpreis auf einem Niveau von ungefähr 80 US-Dollar pro Barrel stabilisieren. Der Kurs des US-Dollar gegenüber dem Euro dürfte sich von kurzfristigen Schwankungen abgesehen auf einem Niveau von 1,40 US-Dollar pro Euro einpendeln. Damit bleiben die höheren Ölpreise und der starke Euro auch über einen längeren Zeitraum erhalten.

Die Ölpreise entwickeln sich nicht völlig losgelöst von den Wechselkursen, da die OPEC-Länder am realen Erlös ihrer Ölverkäufe interessiert sind. Ein schwacher US-Dollar bedeutet einen Wertverlust, der durch Preissteigerungen kompensiert werden kann. In die gleiche Richtung wirkt die zunehmende Integration von Schwellenländern in die Weltwirtschaft. Das Wachstum ist dort in hohem Maße exportgetrieben und wird vielfach durch niedrig bewertete Währungen begünstigt. So richtet China seine Währung am US-Dollar aus. Mit dem US-Dollar hat daher auch der chinesische Yuan an Wert verloren. Die hohe Energieintensität der Produktion in den Schwellenländern führt zu einem Anstieg der dortigen Energienachfrage, die Preissteigerungen an den Rohölmärkten nach sich zieht. Die langfristige Elastizität des realen Ölpreises in Bezug auf den Dollarkurs liegt bei etwa 1,4. Aufgrund des Dollarverfalls in den letzten drei Jahren haben sich die Ölpreise also um knapp 30 US-Dollar pro Barrel erhöht. Damit ist ein erheblicher Teil des tatsächlichen Ölpreisanstiegs wechselkursbedingt.

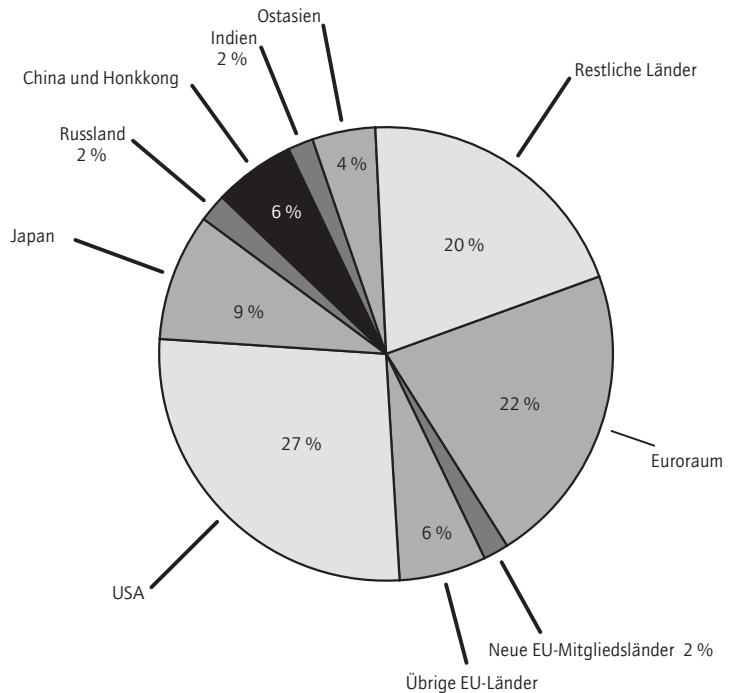
Insgesamt sind die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung nicht ungünstig, auch wenn das Wachstum etwas gedämpft wird. Dabei dürften die Probleme auf dem US-Hypothekenmarkt lediglich eine Nebenrolle spielen.

Abbildung 1

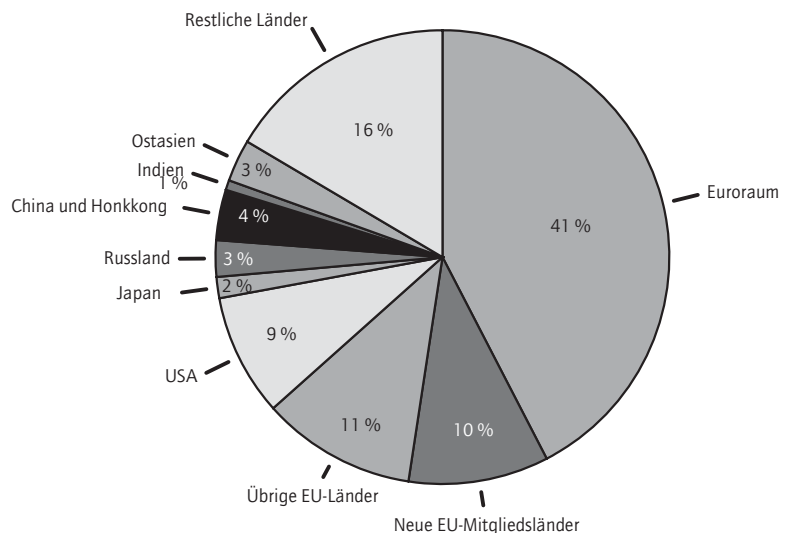
Bruttoinlandsprodukt nach Regionen der Welt und deutsche Ausfuhren dorthin im Jahr 2006

In Prozent

Bruttoinlandsprodukt der Welt



Ausfuhr Deutschlands



Quellen: UN; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

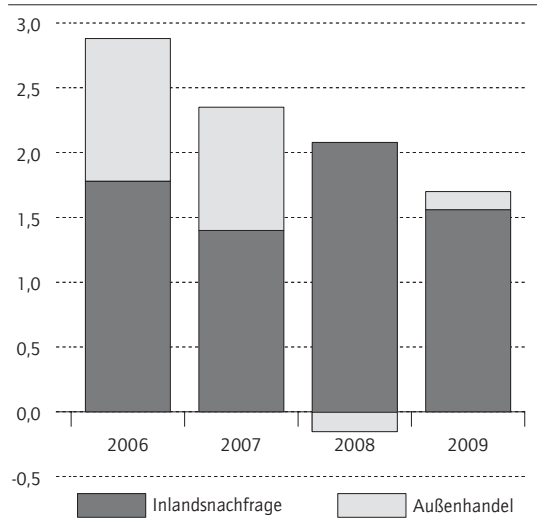
DIW Berlin 2007

Die Abschwächung sollte auch deshalb nur gering ausfallen, weil die Bedeutung der amerikanischen Währung und Wirtschaft für die übrige Welt in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen ist. So wird der Anteil der USA an den Ausfuhren Deutschlands,

Abbildung 2

Beiträge zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts

In Prozentpunkten



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

der gegenwärtig noch bei knapp 9 Prozent liegt, tendenziell weiter zurückgehen (Abbildung 1).² Eine gedämpfte Entwicklung der Konsumnachfrage in den USA trägt zudem zu einem Abbau der globalen

² Vgl. International Monetary Fund: World Economic Outlook. April 2007, insbesondere Kapitel 4: Decoupling the Train? Spillovers and Cycles in the Global Economy, 121–160.

Ungleichgewichte bei und mindert damit die Risiken größerer Zahlungsbilanzkrisen.

Deutschland

Die deutsche Volkswirtschaft zeigt sich in der zweiten Jahreshälfte 2007 ungeachtet der jüngsten Turbulenzen auf einigen Finanzmärkten in einer konjunkturell robusten Verfassung. Neben einem insgesamt günstigen weltwirtschaftlichen Umfeld trägt dazu die Stärkung der Binnennachfrage wesentlich bei, die im Vorjahr den Außenhandel als wichtigste Triebfeder des Wachstums abgelöst hat (Abbildung 2). Während in diesem Jahr die Unternehmensinvestitionen besonders kräftig zulegen, wird 2008 die private Konsumnachfrage zur dominanten Schubkraft für die weitere Expansion. Für das laufende Jahr wird ein Wachstum von 2,4 Prozent erwartet. In den Folgejahren werden es 2,1 Prozent (2008) und 1,7 Prozent (2009) sein (Tabelle 2, Abbildung 3).

Für die Beurteilung der konjunkturellen Dynamik ist zu berücksichtigen, dass die Jahreswachstumsraten auch von statistischen und kalendarischen Sondereffekten beeinflusst werden (Abbildung 4). So zeigt sich, dass gut die Hälfte des erwarteten Wachstums in 2007 bereits durch die kräftige Expansion im Vorjahr angelegt war, was sich in einem statistischen Überhang von 1,4 Prozentpunkten widerspiegelt. Entsprechend niedriger ist das verbleibende Wachstum im Verlauf dieses Jahres. Die Abschwächung

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,1	0,8	2,9	2,4	2,1	1,7
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	38 883	38 846	39 089	39 713	39 929	40 018
Erwerbslose, ILO (1 000 Personen)	3 931	3 893	3 432	2 681	2 301	2 155
Arbeitslose, BA (1 000 Personen)	4 388	4 861	4 487	3 780	3 400	3 253
Erwerbslosenquote ² , ILO (in %)	9,2	9,1	8,1	6,3	5,4	5,1
Arbeitslosenquote ² , BA (in %)	10,3	11,4	10,6	8,9	8,0	7,7
Verbraucherpreise ³ (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)	1,6	2,0	1,7	1,9	1,6	1,5
Lohnstückkosten ⁴ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	-0,4	-0,7	-1,1	0,5	0,4	0,3
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
In Milliarden Euro	-83,6	-75,6	-37,3	6,5	11,8	19,5
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-3,8	-3,4	-1,6	0,3	0,5	0,8
Leistungsbilanzsaldo (in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts)	4,3	4,6	5,0	5,5	5,1	4,3

¹ In Preisen des Vorjahres.

² Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen.

³ Verbraucherpreisindex.

⁴ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigen.

⁵ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen;
Berechnungen des DIW Berlin, 2007 bis 2009: Prognose des DIW Berlin.

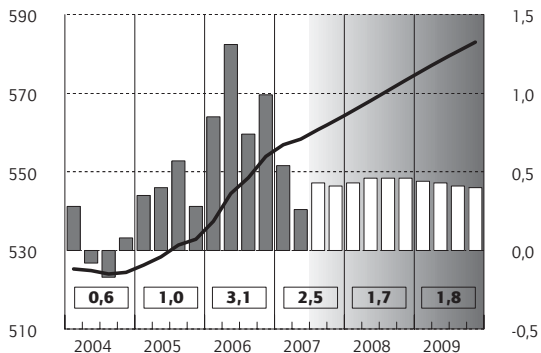
DIW Berlin 2007

Abbildung 3

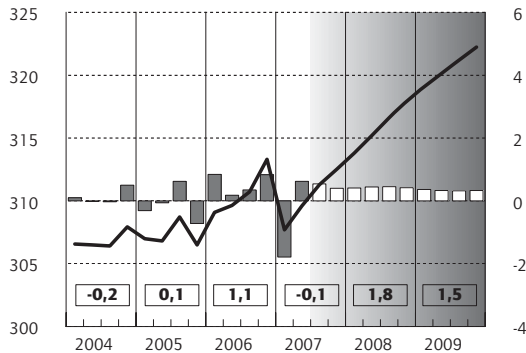
Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

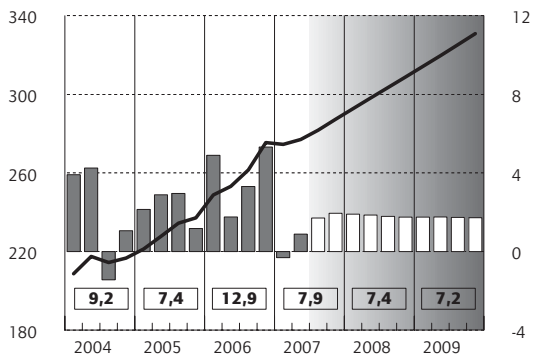
Bruttoinlandsprodukt



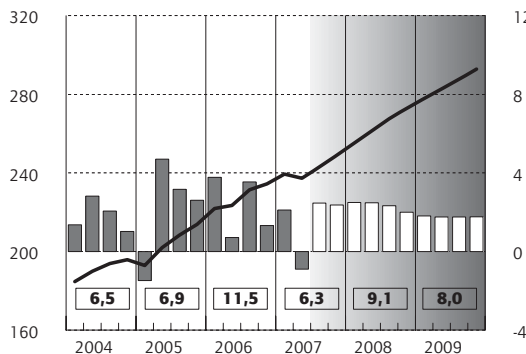
Konsumausgaben der privaten Haushalte



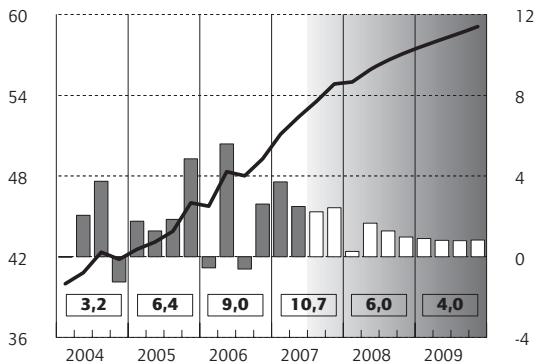
Exporte



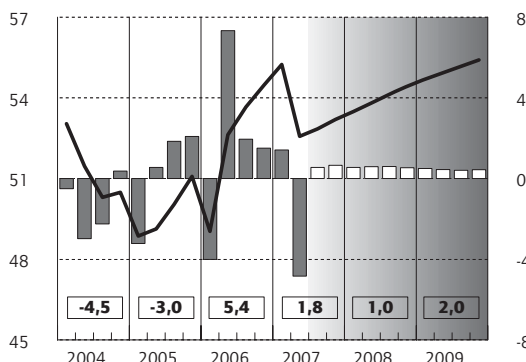
Importe



Ausrüstungsinvestitionen



Bauinvestitionen



— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)
 █ Veranderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (rechte Skala)
Kalenderbereinigte Veranderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

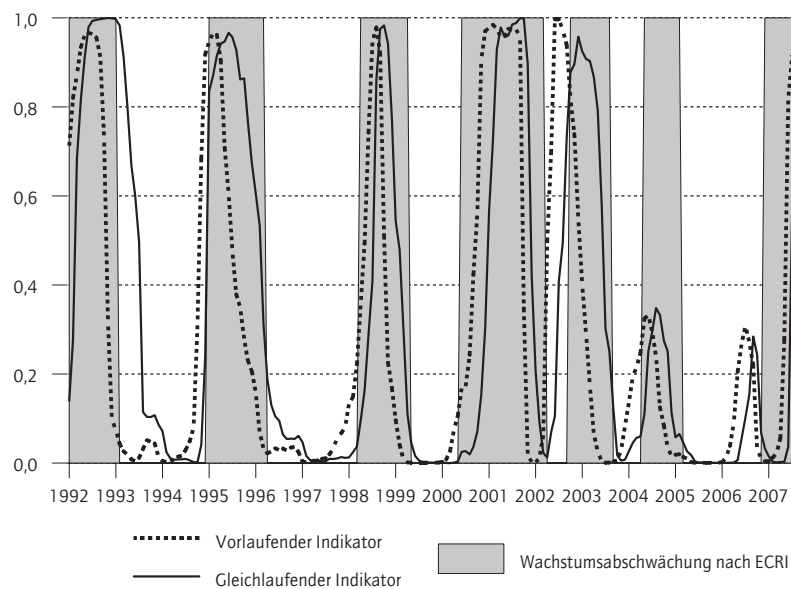
ist Folge fiskalpolitischer Maßnahmen, die zur Jahreswende in Kraft traten und keineswegs spurlos an der konjunkturellen Entwicklung vorbeigingen. Eine um diesen Effekt bereinigte Darstellung zeigt, dass der Wachstumsgipfel bereits gegen Ende des

Jahres 2006 überschritten wurde (Kasten 1). 2008 wird das konjunkturell bedingte Wachstum nicht niedriger ausfallen als 2007. Dies gilt auch, wenn die unterschiedliche Anzahl von Arbeitstagen in den Jahren berücksichtigt wird.

Kasten 1

Wie lange trägt der Aufschwung?

Abbildung

Wachstumszyklen in Deutschland und DIW-WendepunktindikatorenQuellen: Economic Cycle Research Institute (ECRI); Berechnungen des DIW Berlin. **DIW Berlin 2007**

Die Frage nach der Dauer des gegenwärtigen Wirtschaftsaufschwungs ist – nicht zuletzt angesichts gestiegener weltwirtschaftlicher Risiken – derzeit von besonderem Interesse. Tritt Deutschland bereits wieder in eine Periode niedrigeren Wachstums ein?

Das DIW Berlin hat neben der laufenden Konjunkturbeobachtung und der modellgestützten Prognose zusammengesetzte Indikatoren auf Monatsbasis entwickelt, die die Wahrscheinlichkeit für eine Wachstumsabschwächung oder -beschleunigung im Zyklusverlauf quantifizieren. Diese Indikatoren sind besser als die üblichen Trendbereinigungsverfahren geeignet, konjunkturelle Wendepunkte vorherzusagen¹. Sie werden auf

¹ Vgl. Kholodilin, K.: Forecasting the German Cyclical Turning Points: Dynamic Bi-Factor Model with Markov Switching. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 225 (6), 2005, 653–674; Kholodilin, K.: Using the Dynamic Bi-Factor Model with Markov Switching to Predict the Cyclical Turns in the Large European Economies. *Diskussion paper No. 554*, DIW Berlin 2006.

der Basis ausgewählter Informationen aus konjunkturell vor- und gleichlaufenden Zeitreihen konstruiert.

In der Abbildung sind die Verläufe der vom DIW Berlin entwickelten Indikatoren zusammen mit den vom ECRI ermittelten Wachstumszyklen für Deutschland dargestellt.² Phasen relativer ökonomischer Schwäche sind grau unterlegt. Insgesamt wird die Entwicklung von den Indikatoren recht gut getroffen. Aus der Abbildung kann die vom Modell errechnete prozentuale Wahrscheinlichkeit einer Verringerung der wirtschaftlichen Dynamik abgelesen werden. Am aktuellen Rand bestätigt der aus den Daten bis einschließlich Juli 2007 berechnete Indikator die vom ECRI vertretene Einschätzung, nach der Deutschland im Laufe des Jahres 2007 in eine Phase abgeschwächten Wirtschaftswachstums einschwenkt. Die hohen Wachstumsraten im Jahr 2006 werden im weiteren Verlauf nicht wieder erreicht.

Keine Antwort geben die Indikatoren auf die Frage, wie stark die Wachstumsabschwächung ausfallen und wie lange sie anhalten wird. Für die Einschätzung der Wachstumsrate am aktuellen Rand kann das DIW Konjunkturbarometer herangezogen werden, das für das dritte Quartal einen saison- und kalenderbereinigten Wert von 0,5 Prozent gegenüber dem Vorquartal ausweist.

Die Stärke der Konjunkturausschläge ist in den letzten Jahrzehnten aus verschiedenen Gründen zurückgegangen.³ Dazu zählen unter anderem die steigende Bedeutung des Dienstleistungssektors, eine effizientere Lagerhaltung und die Integration von Schwellenländern in die Weltwirtschaft. In der Folge sind die klassischen Rezessionen seltener geworden. Aktuell ist ein Einschwenken des im letzten Jahr oberhalb des Potentials liegenden Wirtschaftswachstums auf den mittelfristigen Pfad zu beobachten. Die Gefahr eines stärkeren konjunkturellen Abschwungs ist aber gering.

² Das ECRI (Economic Cycle Research Institute) prognostiziert auf Basis einer Vielzahl vor- und gleichlaufender Konjunkturindikatoren zyklische Wendepunkte für Industrieländer und hat sich unter anderem durch eine korrekte Vorhersage der beiden letzten US-Rezessionen hervorgetan. Vgl. Banerji, A., Hiris, L.: A Multi-dimensional Framework for Measuring Business Cycles. *Economic Cycle Research Institute*, mimeo, www.businesscycle.com/resources/papers.

³ Vgl. Buch, C. et al.: Business Cycle Volatility in Germany. *German Economic Review*, 2004, 451–479; und Fritsche, U., Kuzin, V.: Declining Output Volatility in Germany: Impulses, Propagation, and the Role of Monetary Policy. *Applied Economics* 37, 2005, 2445–2457.

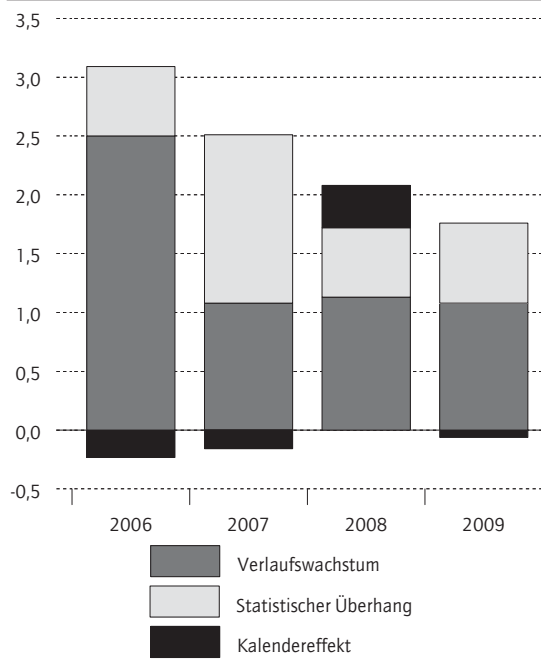
Im weiteren Prognoseverlauf wird das Wachstum zunehmend von der Angebotsseite restringiert, was insbesondere auf die steigende Ausschöpfung des Potentials qualifizierter Arbeitskräfte zurück-

zuführen ist. Da die Wachstumsabflachung nicht auf kräftigere Ausfälle auf der Nachfrageseite bedingt sein wird, stehen die Chancen für eine geschmeidige Rückkehr auf dem Potentialpfad derzeit günstig.

Abbildung 4

Technische Zerlegung der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts

In Prozentpunkten



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Konsum: Von der Wachstumsbremse zum Expansionsmotor

Der *private Verbrauch* fällt im laufenden Jahr als Wachstumsträger vollständig aus. Im Zuge der konjunkturellen Aufschwungphase wäre eigentlich eine Beschleunigung der im Vorjahr begonnenen Erholung zu erwarten gewesen. Diese Entwicklung ist wegen der Mehrwertsteuererhöhung jedoch nicht eingetreten. Dabei sind die konjunkturellen Verwirbelungen, die durch vorgezogene Käufe zur Umgehung der Steuererhöhung ausgelöst wurden, mit 3 Milliarden Euro weit unterschätzt worden. Allein bei den Kfz-Zulassungen ergab sich in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres ein Minus von 170 000 Fahrzeugen. Das Aufkommen bei den Steuern vom Umsatz lässt auf vorgezogene Käufe im Wert von etwa 20 Milliarden Euro schließen. In diesem Betrag sind allerdings auch Baumaßnahmen der privaten Haushalte enthalten. Für das laufende Jahr ist daher trotz des konjunkturell günstigen Umfeldes mit einem leichten Rückgang der realen privaten Konsumausgaben (-0,1 Prozent) zu rechnen. Im weiteren Prognosezeitraum ver wächst sich der negative Basiseffekt der Mehrwertsteuererhöhung, so dass mit der anhaltend günstigen Beschäftigungsentwicklung sowie den in diesem Aufschwung erstmals merklich anziehenden real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte

wichtige Auftriebskräfte ungehindert zum Tragen kommen können. Dies lässt den privaten Verbrauch im kommenden Jahr um 2 Prozent und 2009 um 1,4 Prozent wachsen. Damit unterstützen die privaten Konsumausgaben in beiden Jahren mit 1,4 bzw. 0,8 Prozentpunkten zyklustypisch das Wachstum.

Die moderate Entwicklung der öffentlichen Ausgaben schlägt sich im gesamten Prognosezeitraum in Wachstumsbeiträgen des *Staatskonsums* von weniger als 0,3 Prozentpunkten nieder – mit rückläufiger Tendenz.

Investitionsboom läuft aus

Das Wachstum der Anlageinvestitionen schwächt sich im laufenden Jahr leicht auf 5,6 Prozent ab. Diese Entwicklung setzt sich mit Wachstumsraten von 4,6 Prozent (2008) und 2,9 Prozent (2009) fort. Dabei bleiben die Neuanschaffungen von *Ausrüstungsgütern* die treibende Kraft. Mit einem Plus von gut 10 Prozent tragen sie im laufenden Jahr soviel zum Wachstum bei, wie alle übrigen inländischen Nachfragekomponenten zusammen. Hierbei spielt auch eine Rolle, dass die Rücknahme der degressiven Abschreibungsmöglichkeiten im Zuge der Unternehmensteuerreform zum Jahreswechsel 2007/2008 zu vorgezogenen Investitionsmaßnahmen führen wird. Bei hoher Auslastung ist das Kapazitätserweiterungsmotiv derzeit der wichtigste Bestimmungsgrund der Investitionstätigkeit. Im Zuge der erwarteten Abflachung der Produktionszuwächse dürfte das Motiv an Bedeutung verlieren. Dies spiegelt sich in Zuwachsraten von 6,8 (2008) und 4 Prozent (2009) wider.

Bei den *Bauinvestitionen* bleibt die Entwicklung im Vorjahr mit einem Wachstum von 4,3 Prozent eine positive Ausnahmeerscheinung. Im Jahresverlauf 2007 (4. Quartal 2007 im Vergleich zum 4. Quartal 2006) nimmt die reale Investitionstätigkeit voraussichtlich um 2,3 Prozent ab. Dies ist insbesondere auf die Entwicklung im Wohnungsbau zurückzuführen, die von Vorzieheffekten geprägt ist. Dadurch hat sich ein hoher statistischer Überhang für das laufende Jahr aufgebaut. Auch die starken Baupreisanhebungen, die zur Jahresmitte 2006 einsetzten und im ersten Halbjahr 2007 zu Teuerungsraten von über 6 Prozent führten, wirken sich dämpfend auf die reale Bautätigkeit aus. Für den Prognosezeitraum wird mit einem Abklingen des Preisauftriebs gerechnet. Mit Zuwachsraten von 2,4 (2008) und 1,4 Prozent (2009) bleibt der Anteil der Bauinvestitionen an der gesamtwirtschaftlichen Leistung etwa konstant.

Die seit Juli zu beobachtenden Verspannungen auf den Interbankenmärkten werden keine gravierenden Auswirkungen auf die Finanzierungsbedingungen für Investitionsvorhaben in Deutschland haben. Zwar erwarten die europäischen Banken nach einer

Kasten 2

Bezugsdauer von Arbeitslosengeld nicht antasten

Gegenwärtig wird darüber diskutiert, die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für Ältere zu verlängern. Das ist deshalb erstaunlich, weil erst im Februar 2006 die Bezugszeiten verkürzt wurden – und zwar mit der Begründung, die Arbeitsanreize zu stärken und Missbrauch einzudämmen. Es gibt Hinweise darauf, dass dies auch gelungen ist. So hat zum Beispiel die Suchintensität der Arbeitslosen zugenommen.¹

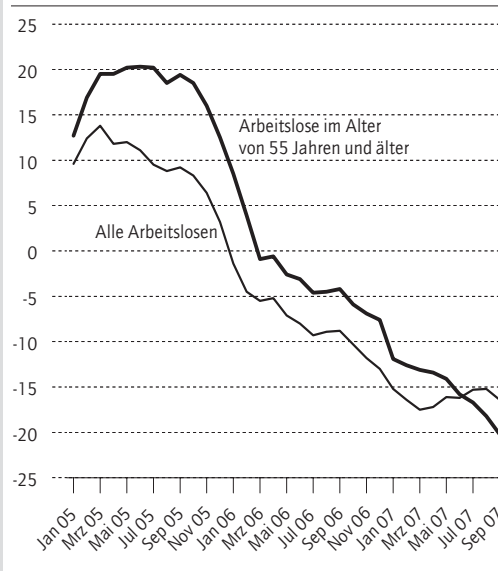
Problematisch war an den früheren langen Bezugszeiten von Arbeitslosengeld I vor allem, dass die Arbeitslosenversicherung als Instrument für den Eintritt in den vorzeitigen Ruhestand genutzt wurde. Unternehmen haben ihre Belegschaften verjüngt und nicht selten dabei auch Personal abgebaut. Wegen der häufig gezahlten Abfindungen war dies auch für die betroffenen Arbeitnehmer attraktiv. Allerdings gingen diese Vereinbarungen auf Kosten Dritter – der Gemeinschaft der Versicherten – und verteuerten damit den Faktor Arbeit. Ein erheblicher Teil (40 Prozent) der Arbeitslosen ab 55 Jahren war vor der Reform überhaupt nicht bereit, eine Stelle anzunehmen (Tabelle). Diese Praxis schuf vor allem mit Blick auf die Frühverrentung falsche Anreize. Angesichts der demografischen Veränderungen ist die deutsche Volkswirtschaft vielmehr darauf angewiesen, dass die Arbeitnehmer länger am Erwerbsleben teilnehmen.

Die Befürworter einer Verlängerung der Bezugsdauer nehmen für ihre Forderung Gerechtigkeitsüberlegungen in Anspruch: Personen, die lange in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, sollen auch länger als andere

Abbildung

Bestand an Arbeitslosen

Veränderung gegenüber dem jeweiligen Monat des Vorjahres in Prozent



Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Arbeitslosengeld I erhalten. Ökonomisch betrachtet besteht die Aufgabe der Arbeitslosenversicherung jedoch darin, das Unterbeschäftigungsrisiko über den Konjunkturzyklus hinweg auszugleichen. Die soziale Komponente besteht darin, dass bei den Beiträgen nicht nach den individuellen Risikoprofilen differenziert wird. Die Dauer der Beitragszahlungen oder das Alter können daher keine relevanten Kriterien für den Transferbezug sein. Nur um missbräuchliche Inanspruchnahme des Systems zu vermeiden, sind Mindestbeschäftigungszeiten vertretbar.

Im Übrigen sind die älteren Personen nicht länger eine Problemgruppe des Arbeitsmarktes. Hier hat sich in den letzten Jahren die Beschäftigung viel besser als im Durchschnitt entwickelt.² Positiv ist ebenfalls die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in dieser Personengruppe. Im Zuge der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe stieg die Arbeitslosenzahl der Älteren zunächst kräftig, weil verdeckte Arbeitslosigkeit zu Tage trat (Abbildung). Seit dem Frühjahr 2006 sinkt sie jedoch – in den letzten Monaten sogar stärker als die Zahl der übrigen Arbeitslosen.

Tabelle

Arbeitslose nach ihrer Bereitschaft, eine passende Stelle anzunehmen

Anteile in Prozent

	2005		
	Alle Arbeitslosen	Arbeitslose unter 55 Jahren	Arbeitslose im Alter von 55 Jahren und älter
Arbeitslos Gemeldete, die das Angebot einer passenden Stelle ...			
... annehmen würden	81	86	56
... nicht annehmen würden, weil sie erst zu einem späteren Zeitpunkt erwerbstätig sein wollen	7	8	4
... nicht annehmen würden, weil sie überhaupt nicht mehr erwerbstätig sein wollen	12	6	40

Quellen: Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

¹ Vgl. Kettner, A., Rebien, M.: Hartz-IV-Reform – Impulse auf dem Arbeitsmarkt. IAB-Kurzbericht Nr. 19/2007.

² Brenke, K.: Die Bedeutung der Älteren auf dem Arbeitsmarkt nimmt deutlich zu. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 21/2007.

Umfrage der EZB mehrheitlich eine Verschärfung der Kreditvergabe; insbesondere die Kredite für Wohneigentum sollen restriktiver als bisher gehandhabt werden. Dies dürfte für den deutschen Markt jedoch kaum eine Rolle spielen, da hier die Kriterien für die Kreditvergabe für Wohnungsbauten auch bisher schon sehr streng sind. Aufgrund struktureller Unterschiede sind auch Ansteckungseffekte vom amerikanischen auf den deutschen Markt für Immobilienkredite auszuschließen.

Im nichtfinanziellen Unternehmenssektor könnten kleine und mittlere Unternehmen besonders betroffen sein, weil sie in der Regel stärker von Bankkrediten abhängig sind. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank haben sich jedoch die Kreditstandards für deutsche Mittelständler nicht verschärft. Auch die bis zum August vorliegenden Angaben zum Neugeschäft bei der Kreditvergabe an den Privatsektor lassen keinerlei Anzeichen auf eine Kreditverknappung erkennen.

Außenhandel: Binnenkonjunktur lässt Überschüsse schrumpfen

Die im Prognosezeitraum deutlich gestärkten Binnenkomponenten ersetzen zunehmend die positiven Impulse aus dem Außenhandel, die im laufenden Jahr ausklingen. Dies ist vornehmlich auf die Entwicklung bei den Importen zurückzuführen, die in den kommenden Jahren mit rund 9½ Prozent (2008) und 8 Prozent (2009) zulegen. Die deutschen Ausfuhren hingegen pendeln sich nach dem Rekordjahr 2006 bei einem Wachstum von etwa 7½ Prozent pro Jahr ein. Dazu tragen eine moderate Entwicklung der Lohnstückkosten und die konjunkturelle Abschwächung im Ausland bei. Einen Einbruch des Absatzes an den Weltmärkten aufgrund des hohen Eurokurses befürchtet die deutsche Exportindustrie zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht.³

Aufschwung für alle?

Die Frage, ob der Wirtschaftsaufschwung in Deutschland auch „bei den Menschen ankommt“, wird momentan in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert. Für das laufende Jahr gilt das nur für jene Menschen, die im Zuge der konjunkturellen Belebung in eine Erwerbsbeschäftigung eintreten konnten. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme legt zwar aufgrund des starken Beschäftigungsaufbaus 2007 um knapp 3½ Prozent zu. Die durchschnittliche effektive Lohnentwicklung pro Kopf wird aber mit einem Zuwachs von 1¾ Prozent noch nicht einmal

die gestiegenen Verbraucherpreise kompensieren, geschweige denn eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivitätsfortschritt ermöglichen.

Auch für die beiden kommenden Jahre sind keine kräftigeren Lohnzuwächse auf gesamtwirtschaftlicher Ebene zu erwarten. Im Gefolge der anhaltenden Entspannung am Arbeitsmarkt entstehen aber Spielräume für höhere Lohnforderungen in einzelnen Berufsgruppen. Im Mittel dürften die Effektivlohnsteigerungen in den nächsten Jahren bei knapp 2½ Prozent und damit erstmals seit Jahren über der Inflationsrate liegen, wenn auch nur mäßig.

Die Inflationsraten nehmen leicht ab. Während die Rate in diesem Jahr knapp unter 2 Prozent liegen wird, geht sie im weiteren Verlauf auf 1½ Prozent zurück. Neben den aufgrund der Euroaufwertung weitgehend stabilen Importpreise spielen hier die weiterhin nur geringfügig ansteigenden Lohnstückkosten eine Rolle. Am Produktivitätsfortschritt von 1½ Prozent pro Jahr profitieren Arbeitnehmer und Kapitaleigner entsprechend ihren Einkommensanteilen. Damit wird sich die Lohnquote in den nächsten Jahren stabilisieren.

Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Der Aufschwung am Arbeitsmarkt hat in der ersten Hälfte des laufenden Jahres mit Beschäftigungszuwächsen von bis zu 2 Prozent (Vorjahresvergleich) den konjunkturellen Höhepunkt überschritten. Für das Gesamtjahr ist mit einem Zuwachs von über 600 000 Erwerbstätigen zu rechnen. In den Jahren 2008 und 2009 werden 220 000 und 90 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Die Arbeitslosenquote sinkt im Prognosezeitraum von 8,9 Prozent (BA) bzw. 6,3 Prozent (ILO) im laufenden Jahr auf 8,0 (5,4) Prozent im Jahr 2008 und 7,7 (5,1) Prozent im Jahr 2009.

Unternehmensbefragungen deuten bereits seit einiger Zeit darauf hin, dass insbesondere im Produzierenden Gewerbe ein Mangel an Fachkräften zum Bremsklotz für die Wirtschaftsentwicklung zu werden droht.⁴ Hinweise für eine Verknappung zeigen sich auch in der offiziellen Arbeitsmarktstatistik. So hat sich die durchschnittliche Dauer bei der Besetzung offener Stellen aktuell im Bereich von etwa 70 Tagen eingependelt und damit im Vorjahresvergleich verlängert.⁵ Die Verweildauer in der Arbeitslosigkeit ist trotz des starken Anstiegs bei den offenen Stellen nahezu unverändert geblieben.

³ Vgl. hierzu auch den in der kommenden Woche erscheinenden Bericht zur diesjährigen DIW-Industrietagung, Lucke, D.: Dynamische In- und Auslandsnachfrage führt zu kräftigem Wachstum der Industrieproduktion in Deutschland. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 43/2007.

⁴ Für eine aktuelle Umfrage vgl. das Handelsblatt vom 10.10.2007.

⁵ Im Jahr 2005 betrug die durchschnittliche Laufzeit aller bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Stellen 52 Tage, im Jahr 2006 waren es 63 Tage.

Der Arbeitskräftemangel bei den Schlüsselqualifikationen dürfte zu einem Anstieg der Entlohnung von Fachkräften führen, der sich in der gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung aber nur anteilig zeigen wird. Neben den längerfristig angelegten Maßnahmen zur Erhöhung der Qualifikation sollte eine zügige Öffnung des Arbeitsmarktes für qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland umgesetzt werden. Dies ist bislang zu restriktiv reguliert.⁶ Die gegenwärtig diskutierte Verlängerung der Bezugszeiten des Arbeitslosengeldes I für Ältere ist auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung abzulehnen (Kasten 2).

Antizyklische Fiskalpolitik auch im Aufschwung

Das langjährige Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte hat sich bereits in der ersten Jahreshälfte 2007 in einen Überschuss von knapp 2 Milliarden Euro verwandelt.⁷ Während die Sozialversicherungen mit 6,3 Milliarden Euro im Plus sind (2006: 3,7 Milliarden Euro), weisen Bund, Länder und

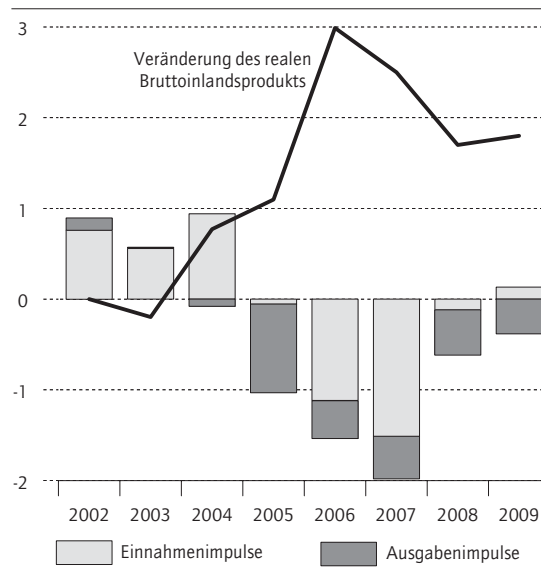
⁶ So könnte beispielsweise die Aufnahme einer Arbeitstätigkeit für Ausländer, die hierzulande ein Studium abschließen, erheblich erleichtert werden.

⁷ Wo nicht anders angegeben, handelt es sich bei allen Größen einschließlich der sich auf Steuereinnahmen beziehenden Angaben um die Abgrenzung nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Diese unterscheidet sich prinzipiell von der kassenmäßigen Ausweisung dadurch, dass alle Zahlungsströme periodengerecht zum Zeitpunkt ihrer Entstehung verbucht werden. Zur aktuellen kassenmäßigen Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben siehe Zinsmeister, F.: Öffentliche Haushalte 2007/2008: Überschüsse horten – Investitionen stärken. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 41/2007.

Abbildung 5

Nachfrageimpulse des Staates

In Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Tabelle 3

Ausgaben, Einnahmen und Finanzierungssaldo des Staates im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt

In Prozent

	Ausgaben	Einnahmen					Budget-saldo
		insgesamt	Darunter:				
			Steuern ¹			Sozial-beiträge	
			Insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern		
2000	45,1	46,4	24,3	12,3	12,0	18,3	1,3
2001	47,6	44,7	22,7	10,9	11,8	18,2	-2,8
2002	48,1	44,4	22,5	10,6	11,9	18,2	-3,7
2003	48,5	44,5	22,5	10,5	12,0	18,3	-4,0
2004	47,0	43,2	22,0	10,0	12,0	17,9	-3,8
2005	46,8	43,4	22,7	10,2	12,5	17,6	-3,4
2006	45,7	44,0	24,4	10,8	13,6	17,4	-1,6
2007	44,3	44,6	24,5	11,2	13,3	16,6	0,3
2008	43,8	44,2	24,4	11,2	13,2	16,5	0,4
2009	43,6	44,4	24,5	11,4	13,2	16,4	0,8

¹ Kassenmäßige Steuereinnahmen.

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Die Ergebnisse weichen von denen der Tabelle 2 im WB 41/2007 ab, weil ...

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2007: Schätzung des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Gemeinden im ersten Halbjahr noch ein Defizit von 4,5 Milliarden Euro auf (2006: 26 Milliarden Euro). Im laufenden Jahr wird sich ein gesamtstaatlicher Überschuss von knapp 7 Milliarden Euro aufbauen (2008: 12 Milliarden, 2009: 20 Milliarden Euro).

In erster Linie erfolgte die schnelle Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durch hohe Steuermehreinnahmen. Zum einen befinden sich konjunkturell bedingt die gewinnabhängigen Steuern seit Mitte 2005 auf einem steilen Wachstumspfad. Zum anderen sorgt die Mehrwertsteuererhöhung im laufenden Jahr für Mehreinnahmen von rund 25 Milliarden Euro. Auf der Ausgabenseite trug die positive Beschäftigungsentwicklung mit einem Rückgang der monetären Sozialleistungen um 1,7 Prozent kräftig zum Abbau der Defizite bei.

Das rasante Wachstum der Steuereinnahmen kühlt sich bis zum Ende des Prognosezeitraums ab. Im laufenden Jahr entwickeln sich die Gewinnsteuern mit 7,5 Prozent noch sehr positiv, wenn auch abgeschwächt (2006: 30,2 Prozent). Dafür steigen nun auch die aufkommensstärksten Steuern prozentual deutlich. Die Lohnsteuer nimmt im Zuge der positiven Beschäftigungsentwicklung um 6,2 Prozent (2006: 3,2 Prozent) zu, wobei aufgrund des Rückgangs der geringfügigen Beschäftigung der Progressionseffekt wieder stärker durchschlägt. Die Steuern vom Umsatz dürften ihren Vorjahreswert aufgrund der Steuersatzerhöhung sogar um gut 18 Prozent übertreffen (2006: 5 Prozent). Ab 2008 sorgt die Unternehmensteuerreform zunächst für eine deutliche

Tabelle 4

Nachfrageimpulse¹ des Staates²

In Milliarden Euro

	2002	2003	2004	2005	2006	2007 ³	2008 ³	2009 ³
Steuern								
Tatsächliches Volumen	475,8	480,4	479,6	489,0	488,7	545,3	562,7	581,1
Neutralitätslinie	487,2	486,4	489,1	487,8	496,5	496,6	556,1	577,0
Differenz = Impulse	11,5	5,9	9,5	-1,2	7,8	-48,8	-6,6	-4,2
Sozialbeiträge								
Tatsächliches Volumen	390,7	396,3	396,9	396,9	401,1	398,8	406,7	414,0
Neutralitätslinie	393,0	399,4	403,4	403,6	403,0	407,6	406,6	417,0
Differenz = Impulse	2,2	3,2	6,5	6,7	1,9	8,8	-0,1	3,0
Sonstige Einnahmen								
Tatsächliches Volumen	82,0	80,9	77,5	85,6	122,5	120,7	119,3	117,8
Neutralitätslinie	84,6	83,8	82,3	78,8	86,9	124,4	123,1	122,4
Differenz = Impulse	2,6	2,9	4,8	-6,8	-35,5	3,7	3,8	4,5
Summe der Einnahmen								
Tatsächliches Volumen	948,5	957,5	954,1	971,5	1 012,2	1 064,8	1 088,7	1 113,0
Neutralitätslinie	964,8	969,6	974,8	970,2	986,5	1 028,6	1 085,8	1 116,4
Differenz = Impulse	16,3	12,1	20,8	-1,2	-25,8	-36,3	-2,9	3,4
Käufe von Gütern und Diensten								
Tatsächliches Volumen	257,1	259,6	260,7	265,4	265,5	269,5	274,2	276,8
Neutralitätslinie	257,6	262,8	264,3	265,2	269,4	269,8	274,8	281,1
Differenz = Impulse	-0,5	-3,2	-3,6	0,2	-3,9	-0,4	-0,6	-4,3
Vermögenseinkommen (Zinsausgaben)								
Tatsächliches Volumen	64,5	62,7	64,3	62,4	62,5	64,9	67,2	71,4
Neutralitätslinie	66,6	65,9	63,8	65,4	63,4	63,5	66,1	68,9
Differenz = Impulse	-2,2	-3,3	0,5	-3,0	-0,8	1,3	1,0	2,5
Transfers und soziale Sachleistungen								
Tatsächliches Volumen	648,9	671,6	687,9	683,3	690,4	687,7	685,7	695,5
Neutralitätslinie	643,1	663,4	683,8	699,6	693,9	701,6	701,3	703,1
Differenz = Impulse	5,8	8,3	4,2	-16,3	-3,4	-13,8	-15,6	-7,6
Bruttoinvestitionen								
Tatsächliches Volumen	36,8	36,1	33,9	31,6	30,7	32,8	36,3	37,0
Neutralitätslinie	37,1	37,7	36,7	34,4	32,1	31,1	33,4	37,2
Differenz = Impulse	-0,3	-1,6	-2,8	-2,8	-1,4	1,7	2,9	-0,2
Summe der Ausgaben								
Tatsächliches Volumen	1 007,3	1 030,0	1 046,8	1 042,7	1 049,1	1 054,8	1 063,3	1 080,6
Neutralitätslinie	1 004,4	1 029,7	1 048,6	1 064,6	1 058,7	1 066,1	1 075,6	1 090,2
Differenz = Impulse	2,9	0,2	-1,7	-21,9	-9,6	-11,3	-12,3	-9,6
Nachfrageimpulse insgesamt	19,2	12,3	19,0	-23,1	-35,4	-47,5	-15,3	-6,2

1 Gemessen am mittelfristigen Trend des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Dieser wird als gleitender Durchschnitt der Wachstumsrate der jeweils letzten fünf Jahre berechnet.

2 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung ohne Transaktionen mit der übrigen Welt.

3 Schätzung des DIW Berlin.

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Abschwächung der Einnahmewachse. Insgesamt machen sich hier Ausfälle bei der Gewerbe- und der Körperschaftsteuer bemerkbar, die für 2008 mit 7 Milliarden Euro veranschlagt werden, 2009 aber geringer ausfallen. Dies äußert sich auch in einem im Vergleich zu den Vorjahren sehr gebremsten Anstieg der Quote der direkten Steuern, während die Quote der indirekten Steuern leicht sinken wird (Tabelle 3).

Ein Blick auf die Nachfrageimpulse der Staatseinnahmen macht deren Charakter als automatischer Stabilisator deutlich (Abbildung 5): Wie in der Rezession bis 2004 die Steuereinnahmen zurückgegangen sind und wachstumsfördernd gewirkt haben, so haben sich diese 2006 kräftig erholt und wirk-

ten so aufgrund ihres Mehraufkommens ebenfalls antizyklisch. Im Jahr 2007 ist dieser Mechanismus vorübergehend durch die Mehrwertsteuererhöhung außer Kraft gesetzt worden – ohne diese wäre der restriktive Einnahmenimpuls wesentlich geringer ausgefallen. In den nächsten Jahren werden sich die Einnahmen – nicht zuletzt aufgrund der Ausfälle infolge der Unternehmensteuerreform – annähernd auf einem konjunkturalneutralen Kurs bewegen.

Der Anteil der Sozialbeiträge am Bruttoinlandsprodukt ist weiter gesunken; diese Tendenz setzt sich aufgrund der Senkung der Beitragssätze im Jahr 2007 um insgesamt 1,3 Punkte fort. In dieser Prognose ist unterstellt, dass die Sätze über die bereits beschlossenen Änderungen hinaus (Senkung

des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte, Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung um 0,25 Prozentpunkte) unverändert bleiben. Ohne Umschichtung in der Finanzierung der Sozialleistungen sollten allerdings auch keine weiteren Beitragssenkungen ins Auge gefasst werden, um über den Konjunkturzyklus hinweg konstante Beitragssätze zu gewährleisten.

Das moderate Ausgabenwachstum der letzten Jahre wird sich voraussichtlich fortsetzen. Dies führt zu einer weiteren Abnahme der Staatsquote, die 2009 bei 43,6 Prozent liegen wird (2006: 45,7 Prozent). Die Personalausgaben des Staates werden 2008 und 2009 voraussichtlich wieder stärker anziehen, nachdem sie die letzten Jahre stagnierten; dies implizieren die aktuellen Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst. Die Zinsbelastung wird 2008 aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus relativ stark, um über 6 Prozent, zunehmen, obwohl das verringerte Kreditvolumen dämpfend wirkt.

Die monetären Sozialleistungen an die privaten Haushalte dürften vor allem aufgrund der Reform der Arbeitslosenversicherung sowie der geringeren Arbeitslosenzahlen noch in diesem Jahr um 1,8 Prozent zurückgehen (2006: –0,4 Prozent). Dem entgegen steht ein leichter Anstieg der Rentenzahlungen (0,54 Prozent pro Kopf) zur Jahresmitte 2007. In den Folgejahren sind Rentenerhöhungen von jeweils rund einem Prozent zu erwarten, was zu wieder leicht steigenden Sozialleistungen führt.⁸

⁸ Der Lohnanstieg des Jahres 2007 ergäbe zusammen mit dem Nachhaltigkeitsfaktor eine Rentenanpassung von 2,2 Prozent im Jahr

Für die nominalen Bruttoinvestitionen des Staates wird im laufenden Jahr ein erheblicher Anstieg von 10,7 Prozent erwartet. Von diesem Zuwachs entfallen jedoch knapp 7 Prozentpunkte auf die Erhöhung der Baupreise. Damit steigt der Anteil der Bruttoinvestitionen an den Staatsausgaben erstmals seit Jahren leicht an, so dass sich wieder positive Nachfrageimpulse ergeben (Tabelle 4).⁹ Damit wird endlich, wenn auch nur zögerlich, auf den erheblichen infrastrukturellen Nachholbedarf reagiert, der sich vor allem in den Kommunen aufgestaut hat. Aufgrund der Abhängigkeit der Investitionstätigkeit der Gemeinden von ihrer Einnahmesituation ist ein Ausblick zur weiteren Entwicklung der kommunalen Investitionen mit erheblicher Schätzunsicherheit verbunden, weil die Einnahmen stark von der Unternehmensteuerreform beeinflusst werden.¹⁰

Die Finanzpolitik bleibt aufgefordert, die derzeitigen Finanzierungsüberschüsse im Sinne einer antizyklischen Fiskalpolitik konsequent für den Schuldenabbau zu nutzen. Die Ausgabenanteile für wachstumsfördernde Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Forschung sollten dabei gleichwohl gestärkt werden.

2008, die jedoch von der Anhebung des Altersvorsorgeanteils sowie des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 1.1.2007 auf 1,0 Prozent verringert wird. Im Jahr 2009 wirken die gleichen Kräfte.

⁹ Siehe auch: Zinsmeister, F., a.a.O.

¹⁰ Siehe Deutsche Bundesbank: Zur Entwicklung der Gemeindefinanzen seit dem Jahr 2000. Monatsbericht Juli 2007.

JEL Classification:
E32, E66, F01

Keywords:
Economic outlook,
Business cycle forecasts,
Consumption,
Foreign trade

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2007 bis 2009

	2006	2007	2008	2009	2007		2008		2009	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts										
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Erwerbstätige	0,6	1,6	0,5	0,2	1,8	1,4	0,7	0,4	0,3	0,2
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,6	0,4	-1,0	0,0	0,7	0,1	-1,0	-1,0	1,4	-1,4
Arbeitstage	-0,8	-0,6	1,1	0,0	-0,5	-0,8	0,8	1,4	-1,9	1,8
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,5	1,3	0,6	0,2	2,0	0,7	0,5	0,7	-0,2	0,7
Produktivität ¹	2,4	0,9	1,4	1,5	0,8	1,2	1,3	1,5	1,4	1,5
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,4	2,1	1,7	2,9	1,8	2,0	2,2	1,2	2,2
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen										
a) Milliarden Euro										
Konsumausgaben	1 783,4	1 811,7	1 869,0	1 921,1	880,2	931,5	907,8	961,1	932,2	988,9
Private Haushalte ²	1 357,5	1 377,6	1 425,9	1 471,2	669,9	707,8	692,9	733,0	713,5	757,7
Staat	425,9	434,0	443,0	449,9	210,3	223,7	214,9	228,1	218,7	231,1
Anlageinvestitionen	417,1	451,6	470,8	480,9	213,8	237,9	223,2	247,5	225,3	255,6
Ausrüstungen	173,7	189,6	199,2	203,5	89,2	100,4	94,7	104,5	95,6	107,9
Bauten	217,2	235,4	244,3	249,3	111,8	123,6	115,4	128,9	116,1	133,1
Sonstige Anlageinvestitionen	26,3	26,6	27,3	28,1	12,8	13,8	13,1	14,1	13,6	14,6
Vorratsveränderung ³	-4,7	-1,2	-2,1	-2,0	7,3	-8,5	3,0	-5,1	4,0	-6,0
Inländische Verwendung	2 195,8	2 262,1	2 337,7	2 400,0	1 101,3	1 160,9	1 134,1	1 203,6	1 161,6	1 238,4
Außenbeitrag	126,4	150,2	146,3	130,3	85,3	69,2	86,2	60,1	74,9	55,4
Exporte	1 046,5	1 128,9	1 218,0	1 297,9	552,4	576,5	596,0	622,0	630,3	667,6
Importe	920,1	978,7	1 071,7	1 167,7	471,5	507,2	509,7	562,0	555,4	612,3
Bruttoinlandsprodukt	2 322,2	2 412,3	2 484,0	2 530,3	1 182,2	1 230,1	1 220,3	1 263,6	1 236,5	1 293,8
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	2,0	1,6	3,2	2,8	1,6	1,5	3,1	3,2	2,7	2,9
Private Haushalte ²	2,3	1,5	3,5	3,2	1,4	1,6	3,4	3,6	3,0	3,4
Staat	1,0	1,9	2,1	1,5	2,5	1,4	2,2	2,0	1,8	1,3
Anlageinvestitionen	6,7	8,3	4,2	2,2	10,5	6,3	4,4	4,1	0,9	3,3
Ausrüstungen	7,1	9,2	5,0	2,2	8,6	9,7	6,1	4,0	1,0	3,3
Bauten	6,8	8,4	3,8	2,0	13,2	4,4	3,2	4,3	0,6	3,3
Sonstige Anlageinvestitionen	3,7	1,3	2,6	3,0	1,7	0,9	2,9	2,3	3,2	2,9
Inländische Verwendung	3,0	3,0	3,3	2,7	3,0	3,1	3,0	3,7	2,4	2,9
Exporte	14,0	7,9	7,9	6,6	9,9	6,0	7,9	7,9	5,8	7,3
Importe	14,3	6,4	9,5	9,0	6,6	6,2	8,1	10,8	9,0	9,0
Bruttoinlandsprodukt	3,5	3,9	3,0	1,9	4,6	3,2	3,2	2,7	1,3	2,4
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt										
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro										
Konsumausgaben	1 642,9	1 648,0	1 678,7	1 701,4	805,4	842,5	821,0	857,7	830,9	870,5
Private Haushalte ²	1 242,1	1 240,8	1 265,8	1 283,4	604,8	636,0	617,5	648,3	624,6	658,8
Staat	400,7	407,2	412,9	417,9	200,7	206,5	203,6	209,3	206,5	211,5
Anlageinvestitionen	427,2	451,3	472,2	485,7	213,4	237,9	223,1	249,1	227,2	258,5
Ausrüstungen	191,2	210,8	225,2	234,3	98,5	112,3	106,2	119,0	109,6	124,6
Bauten	207,8	212,0	217,1	220,0	101,4	110,7	102,7	114,4	102,7	117,3
Sonstige Anlageinvestitionen	30,1	31,5	34,3	36,9	14,8	16,7	16,2	18,0	17,6	19,4
Inländische Verwendung	2 054,4	2 084,8	2 134,3	2 169,7	1 022,0	1 062,9	1 042,8	1 091,5	1 057,9	1 111,8
Exporte	1 038,5	1 117,5	1 204,7	1 292,0	547,9	569,6	588,7	616,0	627,0	665,0
Importe	910,9	967,9	1 058,6	1 142,3	467,5	500,4	507,3	551,3	547,4	594,9
Bruttoinlandsprodukt	2 183,0	2 234,3	2 280,7	2 319,4	1 101,9	1 132,4	1 123,7	1 157,0	1 137,1	1 182,3
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	0,9	0,3	1,9	1,4	0,3	0,3	1,9	1,8	1,2	1,5
Private Haushalte ²	1,0	-0,1	2,0	1,4	-0,2	0,0	2,1	1,9	1,1	1,6
Staat	0,9	1,6	1,4	1,2	2,1	1,2	1,4	1,4	1,4	1,0
Anlageinvestitionen	6,1	5,6	4,6	2,9	7,4	4,1	4,6	4,7	1,8	3,8
Ausrüstungen	8,3	10,3	6,8	4,0	9,7	10,8	7,9	5,9	3,2	4,7
Bauten	4,3	2,0	2,4	1,4	6,0	-1,3	1,3	3,4	0,0	2,6
Sonstige Anlageinvestitionen	6,7	4,6	8,8	7,8	4,3	4,8	9,5	8,3	8,3	7,3
Inländische Verwendung	1,9	1,5	2,4	1,7	1,4	1,6	2,0	2,7	1,4	1,9
Exporte	12,5	7,6	7,8	7,2	9,7	5,7	7,5	8,1	6,5	7,9
Importe	11,2	6,3	9,4	7,9	6,9	5,7	8,5	10,2	7,9	7,9
Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,4	2,1	1,7	2,9	1,8	2,0	2,2	1,2	2,2

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2007 bis 2009

	2006	2007	2008	2009	2007		2008		2009	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000= 100)										
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Private Konsumausgaben ²	1,4	1,6	1,5	1,8	1,6	1,6	1,3	1,6	1,8	1,7
Konsumausgaben des Staates	0,2	0,3	0,7	0,3	0,4	0,2	0,8	0,6	0,4	0,3
Anlageinvestitionen	0,6	2,5	-0,4	-0,7	2,9	2,2	-0,2	-0,6	-0,9	-0,5
Ausrüstungen	-1,1	-1,0	-1,7	-1,8	-0,9	-1,0	-1,6	-1,8	-2,2	-1,4
Bauten	2,4	6,2	1,4	0,7	6,8	5,8	1,8	0,9	0,7	0,7
Exporte	1,3	0,2	0,1	-0,6	0,2	0,3	0,4	-0,2	-0,7	-0,6
Importe	2,8	0,1	0,1	1,0	-0,2	0,4	-0,4	0,5	1,0	1,0
Bruttoinlandsprodukt	0,6	1,5	0,9	0,2	1,7	1,3	1,2	0,5	0,1	0,2
5. Einkommensentstehung und -verteilung										
a) Milliarden Euro										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	1 708,4	1 771,7	1 835,4	1 874,5	863,4	908,3	899,2	936,2	915,6	958,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	224,5	225,4	230,2	234,0	108,8	116,6	111,0	119,2	112,9	121,2
Bruttolöhne und -gehälter	926,0	957,5	984,2	1 004,9	453,1	504,4	467,5	516,7	477,6	527,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	559,0	588,8	621,0	635,6	301,5	287,3	320,7	300,3	325,2	310,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	296,5	320,5	322,5	329,2	151,1	169,4	150,5	172,0	152,4	176,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 004,9	2 092,1	2 157,9	2 203,7	1 014,5	1 077,7	1 049,7	1 108,2	1 068,0	1 135,7
Abschreibungen	339,5	344,1	348,6	352,6	172,1	171,9	174,5	174,1	176,6	176,1
Bruttonationaleinkommen	2 344,4	2 436,2	2 506,5	2 556,3	1 186,6	1 249,6	1 224,2	1 282,3	1 244,5	1 311,8
<i>Nachrichtlich:</i>										
Volkseinkommen	1 751,2	1 804,4	1 864,6	1 903,0	875,5	928,9	908,1	956,5	920,8	982,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	601,9	621,5	650,2	664,1	313,6	307,9	329,6	320,6	330,4	333,7
Arbeitnehmerentgelt	1 149,4	1 182,9	1 214,4	1 238,9	561,9	621,0	578,5	635,9	590,5	648,5
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,3	3,7	3,6	2,1	3,6	3,8	4,1	3,1	1,8	2,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,4	0,4	2,1	1,7	1,1	0,7	2,0	2,2	1,6	1,7
Bruttolöhne und -gehälter	1,5	3,4	2,8	2,1	3,5	3,3	3,2	2,4	2,2	2,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	6,6	5,3	5,5	2,4	4,6	6,1	6,4	4,5	1,4	3,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	7,8	8,1	0,6	2,1	13,9	3,4	-0,4	1,5	1,2	2,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,9	4,4	3,1	2,1	5,0	3,8	3,5	2,8	1,7	2,5
Abschreibungen	1,2	1,3	1,3	1,1	1,3	1,4	1,4	1,3	1,2	1,1
Bruttonationaleinkommen	3,5	3,9	2,9	2,0	4,4	3,4	3,2	2,6	1,7	2,3
<i>Nachrichtlich:</i>										
Volkseinkommen	3,6	3,0	3,3	2,1	4,0	2,1	3,7	3,0	1,4	2,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	7,2	3,3	4,6	2,1	5,9	0,7	5,1	4,1	0,2	4,1
Arbeitnehmerentgelt	1,7	2,9	2,7	2,0	3,0	2,8	3,0	2,4	2,1	2,0
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte										
a) Milliarden Euro										
Masseneinkommen	984,6	999,0	1 014,0	1 025,7	480,6	518,4	490,0	524,0	495,7	530,0
Nettolöhne- und -gehälter	605,4	623,3	635,6	643,0	292,4	331,0	300,5	335,1	304,3	338,7
Monetäre Sozialleistungen	458,8	451,1	453,3	457,8	228,0	224,9	227,0	226,3	229,0	228,9
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	79,7	75,4	74,9	75,2	38,0	37,4	37,5	37,4	37,6	37,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	559,0	588,8	621,0	635,6	301,5	287,3	320,7	300,3	325,2	310,5
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-49,9	-59,3	-62,0	-56,5	-28,7	-30,6	-30,0	-32,0	-27,6	-28,9
Verfügbares Einkommen	1 493,7	1 528,5	1 573,0	1 604,8	753,4	775,1	780,7	792,4	793,2	811,5
<i>Nachrichtlich:</i>										
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	22,2	24,4	26,4	28,3	11,7	12,8	12,7	13,8	13,6	14,7
Konsumausgaben	1 357,5	1 377,6	1 425,9	1 471,2	669,9	707,8	692,9	733,0	713,5	757,7
Sparen	158,4	175,3	173,5	161,8	95,2	80,1	100,4	73,1	93,3	68,5
Sparquote in Prozent ⁷	10,5	11,3	10,8	9,9	12,4	10,2	12,7	9,1	11,6	8,3
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Masseneinkommen	0,3	1,5	1,5	1,1	1,1	1,8	2,0	1,1	1,2	1,1
Nettolöhne- und -gehälter	0,4	3,0	2,0	1,2	2,9	3,0	2,8	1,2	1,3	1,1
Monetäre Sozialleistungen	-0,2	-1,7	0,5	1,0	-1,4	-0,3	-0,4	0,7	0,9	1,1
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	-1,5	-5,3	-0,7	0,4	-6,8	-3,7	-1,3	0,0	0,3	0,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	6,6	5,3	5,5	2,4	4,6	6,1	6,4	4,5	1,4	3,4
Verfügbares Einkommen	1,9	2,3	2,9	2,0	1,8	2,8	3,6	2,2	1,6	2,4
Konsumausgaben	2,3	1,5	3,5	3,2	1,4	1,6	3,4	3,6	3,0	3,4
Sparen	1,5	10,7	-1,0	-6,8	6,1	16,6	5,5	-8,7	-7,1	-6,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2007 bis 2009

	2006	2007	2008	2009	2007		2008		2009	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁸										
a) Milliarden Euro										
Einnahmen										
Steuern	530,5	582,2	596,0	610,5	285,3	296,8	289,8	306,3	298,3	312,2
Sozialbeiträge	401,1	398,8	406,7	414,0	193,8	205,0	196,8	209,9	200,3	213,7
Vermögenseinkommen	17,4	18,2	19,3	19,5	10,6	7,6	11,8	7,5	12,0	7,5
Sonstige Transfers	14,3	14,3	14,3	14,3	6,7	7,6	6,7	7,6	6,7	7,6
Vermögenstransfers	9,2	10,2	9,8	10,0	5,2	5,0	4,7	5,1	4,8	5,2
Verkäufe	44,4	45,5	46,1	46,3	22,1	23,4	22,5	23,6	22,6	23,7
Sonstige Subventionen	0,4	0,4	0,4	0,4	0,2	0,3	0,2	0,2	0,1	0,2
Insgesamt	1 017,2	1 069,5	1 092,6	1 114,9	523,8	545,7	532,4	560,2	544,8	570,1
Ausgaben										
Vorleistungen	97,8	101,2	103,5	105,5	47,0	54,2	48,3	55,2	49,5	56,0
Arbeitnehmerentgelte	167,7	168,2	170,6	171,3	80,6	87,6	81,8	88,8	82,1	89,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	64,9	67,2	71,4	73,5	33,1	34,1	35,2	36,1	36,6	36,8
Subventionen	26,8	26,9	26,8	26,6	13,0	13,9	12,9	13,8	12,9	13,7
Monetäre Sozialleistungen	428,5	421,5	424,7	429,1	211,5	210,0	212,3	212,4	214,5	214,6
Soziale Sachleistungen	171,5	176,4	181,7	185,9	87,6	88,8	90,3	91,5	92,5	93,5
Sonstige laufende Transfers	35,2	36,4	39,4	42,5	18,0	18,5	20,2	19,2	22,0	20,5
Vermögenstransfers	30,8	30,3	28,7	26,9	16,5	13,8	14,8	13,9	13,4	13,5
Bruttoinvestitionen	32,8	36,3	37,0	37,2	16,0	20,3	16,2	20,8	16,5	20,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,4	-1,3	-1,4	-1,4	-0,6	-0,8	-0,6	-0,8	-0,6	-0,8
Insgesamt	1 054,5	1 063,0	1 082,4	1 097,0	522,6	540,4	531,3	551,1	539,3	557,8
Finanzierungssaldo	-37,3	6,5	11,8	19,5	1,2	5,3	1,8	10,0	6,6	12,9
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Einnahmen										
Steuern	7,6	9,7	2,4	2,4	10,4	9,1	1,6	3,2	2,9	1,9
Sozialbeiträge	1,1	-0,6	2,0	1,8	-0,5	-0,6	1,6	2,4	1,8	1,8
Vermögenseinkommen	23,0	4,6	6,1	1,0	6,1	2,6	11,5	-1,3	1,6	0,1
Sonstige Transfers	-21,4	0,4	0,0	-0,3	-1,5	2,1	0,0	0,0	-0,6	-0,1
Vermögenstransfers	-7,1	10,3	-3,5	1,6	9,3	11,4	-8,3	1,4	1,7	1,6
Verkäufe	0,0	2,5	1,3	0,4	4,1	1,0	1,8	0,9	0,7	0,2
Sonstige Subventionen	-12,2	-4,7	-4,9	-5,1	-5,9	-3,8	-6,3	-4,0	-6,7	-4,2
Insgesamt	4,1	5,1	2,2	2,0	5,6	4,7	1,7	2,7	2,3	1,8
Ausgaben										
Vorleistungen	0,9	3,6	2,2	1,9	4,9	2,4	2,7	1,8	2,5	1,4
Arbeitnehmerentgelte	-0,4	0,3	1,5	0,4	0,6	0,0	1,5	1,4	0,4	0,4
Vermögenseinkommen	3,7	3,5	6,3	2,9	3,3	3,8	6,4	6,1	4,0	1,9
Subventionen	-1,7	0,3	-0,4	-0,6	1,1	-0,4	-0,2	-0,6	-0,5	-0,7
Monetäre Sozialleistungen	-0,5	-1,6	0,8	1,0	-2,5	-0,7	0,4	1,1	1,0	1,0
Soziale Sachleistungen	2,3	2,8	3,0	2,3	3,3	2,4	3,0	3,0	2,4	2,2
Sonstige laufende Transfers	-0,5	3,5	8,3	7,7	0,3	6,8	12,5	4,2	8,8	6,6
Vermögenstransfers	-11,5	-1,5	-5,4	-6,0	-2,4	-0,4	-10,3	0,4	-9,3	-2,6
Bruttoinvestitionen	6,9	10,7	2,0	0,6	19,2	4,8	0,8	3,0	2,0	-0,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,0	-7,7	2,3	0,0	-18,6	2,7	5,3	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	0,2	0,8	1,8	1,4	0,7	0,9	1,7	2,0	1,5	1,2

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbständigeneinkommen/ Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen);
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 - 30 - 89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805-19 88 88, 14 Cent./min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum, Berlin

Druck

Walter Grützmaker GmbH & Co. KG, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Information und Organisation des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de) zulässig.

Pressemitteilung des DIW Berlin vom 15.10.2007

BVL/DIW Logistik-Indikator im vierten Quartal 2007: Robuste Logistikkonjunktur, Zeichen stehen auch 2008 auf Expansion

Die deutsche Logistikwirtschaft zeigt sich im vierten Quartal 2007 insgesamt in starker Verfassung. Hierauf deutet der vom DIW Berlin für die Bundesvereinigung Logistik (BVL) berechnete Branchenindikator hin, der sich mit einem Wert von 147 trotz leichter Abschwächung gegenüber den beiden Vorquartalen auf einem hohen Niveau bewegt: Konstruktionsgemäß kann der Indikator Werte zwischen 0 und 200 annehmen, wobei ein Wert von 100 eine konjunkturelle Normalsituation kennzeichnet (befriedigende und stabile Geschäfts- und Auftragslage mit normaler Kapazitätsauslastung). Gegenüber der Vorquartalsumfrage hat sich die Lagebeurteilung verbessert, während sich die Erwartungen erneut leicht eingetrübt haben. Gleichwohl werden die Geschäftsaussichten für das kommende Jahr immer noch deutlich positiv eingeschätzt, so dass die Zeichen auch für das kommende Jahr eine weiterhin expansive Entwicklung erwarten lassen. Die sich andeutende gegenläufige Entwicklung von Lagebeurteilung und Erwartungsbildung ist zuletzt auch in anderen Dienstleistungsbranchen beobachtet worden und sollte angesichts der Verunsicherungen im Zuge der Verspannungen auf den Interbankenmärkten nicht überbewertet werden.

Während sich die Erwartungskomponente des Gesamtindikators für die beiden Teilbereiche „Logistikdienstleister“ sowie „Industrie und Handel“ derzeit ähnlich bewegen, weist die Lagebeurteilung in unterschiedliche Richtungen. Die Lageeinschätzung der Logistikdienstleister hat sich leicht abgekühlt, während Industrie und Handel ihre derzeitige Geschäftslage optimistischer beurteilen als noch im Sommer. Die Unterschiede sind aber nicht so groß, als dass hier von einer grundlegend anderen Einschätzung gesprochen werden könnte. Die hohen Niveauewerte des Indikators, die auf beiden Marktseiten ermittelt werden, zeichnen ein ähnlich positives Bild der aktuellen Logistikkonjunktur in Deutschland, die sich insbesondere durch hohe Kapazitätsauslastungen bei weiter steigender Nachfrage nach Logistikleistungen auszeichnet. Hierzu passt die Einschätzung, dass die Logistikkosten derzeit überproportional anziehen. Industrie und Handel dürften bei angespannten eigenen Kapazitäten und günstigen Bedarfsaussichten zukünftig verstärkt auf externe Logistikdienstleister zurückgreifen.

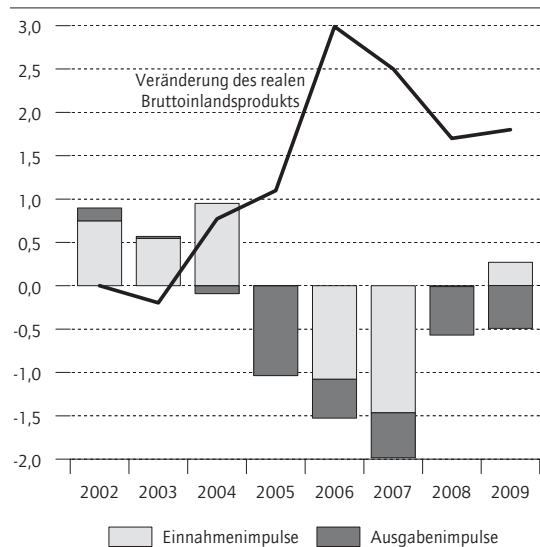
Die sich abzeichnende Kräftigung der Binnenkomponenten in der Gesamtwirtschaft schlagen sich auch in der Logistikwirtschaft nieder. In Industrie und Handel liegen die Expansionsaussichten für Logistikleistungen im Inland nunmehr gleichauf mit dem grenzüberschreitenden Bedarf. Hierzu passen die bereits deutlich gestiegenen Inlandsaufträge auf Seiten der Logistikdienstleister.

Der BVL/DIW Logistik-Indikator wird seit Herbst 2006 vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) für die Bundesvereinigung Logistik e.V. (BVL) berechnet. Diese Kommentierung fußt auf der bislang absehbaren Entwicklung der erhobenen Befragungskomponenten. Die Verdichtung zu den vorgestellten Gesamt- und Teilindikatoren ist auf der bisherigen Datengrundlage nur als erste Rechnung möglich. Das dem Indikator-konzept zugrunde liegende Fragedesign zielt bei quartalsbezogenen Angaben auf eine Einschätzung der jahreszeitlich üblichen (um saisonale Effekte bereinigten) Werte ab. Gleichwohl ist nicht auszuschließen, dass sich im Antwortverhalten noch Saisoneffekte niederschlagen. Diese können zukünftig (nach längerer Laufzeit des Indikators) statistisch herausgerechnet werden. Darüber hinaus sind zukünftig auch Untersuchungen zu den zeitlichen Vorlaufeigenschaften sowohl zur sektoralen als auch zur gesamtwirtschaftlichen Konjunktorentwicklung möglich. Diese werden vom DIW Berlin durchgeführt, sobald die dazu notwendige Datengrundlage erreicht ist.

Abbildung 5

Nachfrageimpulse des Staates

In Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Tabelle 3

Ausgaben, Einnahmen und Finanzierungssaldo des Staates im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt

In Prozent

	Ausgaben	Einnahmen					Budget-saldo
		insgesamt	Darunter:			Sozial-beiträge	
			Steuern ¹				
			Insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern		
2000	45,1	46,4	24,2	12,3	11,9	18,3	1,3
2001	47,6	44,7	22,6	10,9	11,7	18,2	-2,8
2002	48,1	44,4	22,3	10,6	11,7	18,2	-3,7
2003	48,5	44,5	22,3	10,4	11,8	18,3	-4,0
2004	47,1	43,3	21,7	10,0	11,8	17,9	-3,8
2005	46,9	43,5	21,9	10,1	11,8	17,7	-3,4
2006	45,4	43,8	23,0	10,8	12,1	17,3	-1,6
2007	44,1	44,4	24,3	11,1	13,0	16,5	0,3
2008	43,5	44,0	24,1	11,1	12,9	16,4	0,5
2009	43,3	44,1	24,2	11,2	12,9	16,4	0,8

¹ In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Geringfügige Differenzen zu Tabelle 2 im Wochenbericht Nr. 41/2007 ergeben sich durch leicht veränderte gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen in der vorliegenden Prognose.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2007: Schätzung des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Tabelle 4

Nachfrageimpulse¹ des Staates²

In Milliarden Euro

	2002	2003	2004	2005	2006	2007 ³	2008 ³	2009 ³
Steuern								
Tatsächliches Volumen	475,8	480,4	479,6	489,0	488,7	545,6	561,9	578,1
Neutralitätslinie	487,1	486,2	489,2	488,4	496,9	497,1	557,2	576,8
Differenz = Impulse	11,3	5,8	9,6	-0,6	8,2	-48,5	-4,7	-1,3
Sozialbeiträge								
Tatsächliches Volumen	390,7	396,3	396,9	396,9	401,1	398,8	406,7	414,0
Neutralitätslinie	392,9	399,3	403,5	404,1	403,3	408,0	407,2	417,5
Differenz = Impulse	2,1	3,1	6,6	7,2	2,2	9,3	0,5	3,5
Sonstige Einnahmen								
Tatsächliches Volumen	82,0	80,9	77,5	85,6	122,5	120,7	119,3	117,8
Neutralitätslinie	84,6	83,8	82,3	78,9	87,0	124,6	123,3	122,5
Differenz = Impulse	2,6	2,9	4,8	-6,7	-35,5	3,9	4,0	4,7
Summe der Einnahmen								
Tatsächliches Volumen	948,5	957,5	954,1	971,5	1 012,2	1 065,1	1 087,9	1 110,0
Neutralitätslinie	964,5	969,3	975,1	971,5	987,2	1 029,8	1 087,7	1 116,8
Differenz = Impulse	16,0	11,8	21,0	0,0	-25,0	-35,4	-0,2	6,8
Käufe von Gütern und Diensten								
Tatsächliches Volumen	257,1	259,6	260,7	265,4	265,5	269,5	274,2	276,8
Neutralitätslinie	257,5	262,7	264,4	265,5	269,6	270,1	275,2	281,4
Differenz = Impulse	-0,4	-3,1	-3,6	-0,1	-4,1	-0,7	-1,0	-4,7
Vermögenseinkommen (Zinsausgaben)								
Tatsächliches Volumen	64,5	62,7	64,3	62,4	62,5	64,9	67,2	71,4
Neutralitätslinie	66,6	65,9	63,8	65,5	63,4	63,6	66,2	68,9
Differenz = Impulse	-2,1	-3,2	0,5	-3,1	-0,9	1,3	0,9	2,4
Transfers und soziale Sachleistungen								
Tatsächliches Volumen	648,9	671,6	687,9	683,3	690,4	687,7	685,7	693,9
Neutralitätslinie	642,9	663,2	683,9	700,5	694,4	702,4	702,3	703,9
Differenz = Impulse	6,0	8,4	4,0	-17,2	-4,0	-14,7	-16,6	-10,0
Bruttoinvestitionen								
Tatsächliches Volumen	36,8	36,1	33,9	31,6	30,7	32,8	36,3	37,0
Neutralitätslinie	37,1	37,6	36,7	34,5	32,1	31,2	33,5	37,2
Differenz = Impulse	-0,2	-1,6	-2,9	-2,9	-1,5	1,6	2,8	-0,2
Summe der Ausgaben								
Tatsächliches Volumen	1 007,3	1 030,0	1 046,8	1 042,7	1 049,1	1 054,8	1 063,3	1 079,0
Neutralitätslinie	1 004,1	1 029,5	1 048,8	1 065,9	1 059,5	1 067,3	1 077,2	1 091,5
Differenz = Impulse	3,2	0,5	-2,0	-23,2	-10,4	-12,5	-13,9	-12,5
Nachfrageimpulse insgesamt	19,2	12,3	19,0	-23,3	-35,4	-47,9	-14,1	-5,6

¹ Gemessen am mittelfristigen Trend des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Dieser wird als gleitender Durchschnitt der Wachstumsrate der jeweils letzten fünf Jahre berechnet.

² Gebietskörperschaften und Sozialversicherung ohne Transaktionen mit der übrigen Welt.

³ Schätzung des DIW Berlin.

Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Bedauerlicherweise sind zum Abdruck der Abbildung 5 und der Tabellen 3 und 4 auf den Seiten 614 und 615 des Wochenberichts Nr. 42/2007 die Daten nicht mehr auf den neuesten Stand gebracht worden. Wir korrigieren diese hiermit trotz nur geringer Differenzen und bitten um Entschuldigung.

Die Redaktion